

STELLUNGNAHME zu Antrag

43

CDU-Gemeinderatsfraktion --- --- --- --- --- --- ---	Seite HH-Plan	Produktgruppe
	164	1220-320
	Erlös-/Aufwandsart Ein-/Auszahlungsart	
	Sachaufwendungen	
Einrichtung von Videoüberwachungen an ausgewählten Straßen und Plätzen im öffentlichen Raum		

An der fachlichen Bewertung, dass derzeit die rechtlichen Voraussetzungen für eine Videoüberwachung im Stadtgebiet Karlsruhe nicht erfüllt sind, hat sich nichts geändert.

Das Pilotprojekt in Mannheim ist der Verwaltung bekannt. Die rechtlichen Voraussetzungen für das "Mannheimer Modell" sind jedoch dieselben wie für eine herkömmliche Videokamera. Die Erfahrungen in Mannheim werden aufmerksam verfolgt. Da das Projekt auf mehrere Jahre angelegt ist, kann hier allerdings nicht mit schnellen, aussagekräftigen Ergebnissen gerechnet werden.

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag derzeit abzulehnen.

CDU Gemeinderatsfraktion, Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup
76124 Karlsruhe



08.10.2018

DOPPELHAUSHALT

2019/2020

Antrag zum Thema

Einrichtung von Videoüberwachungen an ausgewählten Straßen und Plätzen im öffentlichen Raum

▶ Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
▶ 164	▶ 3200				
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition					
▶ 1220-320					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
▶					
▶ Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2019	2020	2021	2022	2023
<input type="checkbox"/> Stellenschaffung/-reduzierung					
<input checked="" type="checkbox"/> Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Sachaufwendungen	100.000	100.000			
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
<input checked="" type="checkbox"/> Sperrvermerk	100.000	100.000			
<input type="checkbox"/> Verpflichtungsermächtigung					
▶ davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
<input checked="" type="checkbox"/> Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					
In der Gemeinderatssitzung vom 18.09.2018 wurde ein entsprechender Antrag der CDU-Fraktion behandelt. Darin betonte die CDU-Fraktion entgegen der Verwaltungsantwort, dass sie im Anstieg der Drogenkriminalität einen Anlass sieht, um Videoüberwachungen an Brennpunkten in Karlsruhe einzuführen. Das Ergebnis der neuerlichen Prüfung soll im Hauptausschuss vorgestellt werden.					

Einrichtung von Videoüberwachungen an ausgewählten Straßen und Plätzen im öffentlichen Raum

▶ Weitere Angaben

bei Leistungen an Zuschussempfänger

- ▶ bitte Zuschussempfänger eintragen

▶ Sachverhalt | Begründung

Die Stadtverwaltung prüft die gesetzlichen Möglichkeiten zur Installation von Überwachungskameras in ausgewählten Straßen beziehungsweise auf ausgewählten Plätzen im öffentlichen Raum in Karlsruhe. Sie stellt zur Einrichtung dieser Kameras Mittel im Doppelhaushalt bereit, die sie mit einem Sperrvermerk versieht, bis die rechtliche Lage geklärt ist oder ein weiteres Modellprojekt ähnlich dem in Mannheim geschaffen wird.

Zunehmend nutzen Städte in Baden-Württemberg die rechtlichen Möglichkeiten zur Videoüberwachung öffentlicher Straßen und Plätze. Sie verfolgen damit das Ziel, Kriminalität einzudämmen und die Rate sowie die Zügigkeit der Straftatenaufklärung zu erhöhen. Videoüberwachung hat präventive und restriktive Wirkung. Aufgrund ihres Abschreckungseffektes gegenüber Straftätern trägt sie in positiver Weise dazu bei, das Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung zu vergrößern.

Unterzeichnet von:

Tilman Pfannkuch und CDU-Fraktion